



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Preistafel 2.— Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Betragungsregister.

Für die Woche vom 10. bis 16. April 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 16 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Cassel hat ab 1. April den Sozialbeitrag um 10 Pf. erhöht.  
Der Verbandsvorstand erteilt hierzu seine Genehmigung.  
Der Verbandsvorstand,  
S. A.: E. Pucher, 1. Vorsitzender.

### Zur Wahl der Berliner Ortsverwaltung.

Seit längerer Zeit schon tobt in allen deutschen Gewerkschaftskreisen der von den Moskauer Spaltungspapieren anbefohlene Kampf um die kommunistische Eroberung der Gewerkschaften mit allen seinen die gewerkschaftliche Disziplin und Einigkeit zerstörenden Begleiterscheinungen. Die Gewerkschaften sind der letzte kommunistische Stützpunkt, um die von Moskau finanziert durchgepöppelte R.A.P.D. davon zu bewahren, daß dieses überläufige kommunistische Parteigewächs, das der Arbeiterchaft bisher mehr Unheil als Segen brachte, nicht an seiner eigenen Unwahrscheinlichkeit zugrunde geht. Ueberall stoßen zurzeit in den Gewerkschaften die von einer Zentralfelle kommandierten und in Marsch gesetzten Kommunisten vor, um in der jetzigen Wahlperiode, überall finden Neuwahlen der einzelnen Ortsverwaltungen statt, mit allen legalen oder illegalen Mitteln zu versuchen, „zuverlässige Kommunisten“ in die Ortsverwaltungen hineinzubugseln. Denn jeder in Ortsvorstand oder Verwaltung einer Zahlstelle hineingewählte Kommunist bedeutet für die R.A.P.D. einen Stützpunkt mehr, von dem aus sie das Fundament der betreffenden Gewerkschaft mit Erfolg ausbohren und unterminieren kann. Auch in der Berliner Zahlstelle hoffen die Kommunisten bei den jetzigen Wahlen zur Ortsverwaltung mit Unterstützung derjenigen, „die nicht alle werben“, ihre berühmte „Elite“ durchs Ziel zu bringen, um mit deren Hilfe auch den neuen Ortsvorstand wieder zu veredeln und für gewerkschaftliche Zwecke unbrauchbar zu machen. Denn die in Berlin aufgestellten kommunistischen Kandidaten denken im Falle ihrer Wahl gar nicht daran, nützliche gewerkschaftliche Tagesarbeit zu verrichten. Den Kollegen Krummrei, Bolter und Genossen, die sich selbst bei der Wahl empfehlen, fehlen so ziemlich alle Qualifikationen, wie man sie bei den Bewerbern um verantwortungsvolle gewerkschaftliche Vertrauensstellungen voraussetzen muß. Als gut disziplinierte Kommunisten wären sie verpflichtet, auch im neuen Ortsvorstand in erster Linie kommunistische Parteipolitik zu treiben und streng nach den Vorschriften des kommunistischen Gewerkschaftsstatuts zu arbeiten. Durch Punkt 9 dieses Gewerkschaftsstatuts wird den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären streng vorgeschrieben, wie sie ihre Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften auszuüben haben: „Die Kommunisten haben sich in allen Funktionen unbedingt als Kommunisten zu fühlen und im Sinne der Parteigrundzüge ihre Tätigkeit zu entfalten“. Weiterhin wird den Kommunisten noch zur Pflicht gemacht, die Vertrauensämterposten in den Arbeiterorganisationen mit zuverlässigen Kommunisten zu besetzen“, die nach Punkt 10 verpflichtet sind, im Sinne der kommunistischen Leitzüge zu arbeiten, „um die Arbeiterorganisationen organisatorisch und geistig (für die R.A.P.D.) zu erobern“.

Die kommunistische Unverschämtheit, mit der hier offen zugegeben wird, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in erster Linie kommunistische Parteiarbeit zu verrichten haben, daß sie nicht für sondern gegen die Gewerkschaften arbeiten müssen, um sie für ihre Partei zu erobern, ist einfach staunen-erregend. Die Kommunisten werden nicht von Gewerkschaftsmitgliedern, sondern von der kommunistischen Fraktion und Partei aufgestellt, sind derselben gegenüber verantwortlich und können jederzeit von diesen Parteinstanzen wieder abberufen werden. Wohl dürfen wir allerdings diese „zuverlässigen Kommunisten“ für ihre gewerkschaftsgefährdende und zerstörende

Tätigkeit aus gewerkschaftlichen Mitteln bezahlen. Mit List und Schlauelei sucht sich hier die kommunistische Partei, auf Kosten der Gewerkschaften, zuverlässige Funktionäre heranzubilden.

Nun haben aber die Gewerkschaften diese kommunistische „List und Schlauelei“ durchschaut und lehnen es ab, diese „Ausbildungsstellen“ zu übernehmen und sich von der R.A.P.D. als Versuch- und Lehrobjekt für ihre kommunistischen Experimentierzwecke mißbrauchen zu lassen. In alle gewerkschaftlichen Vertrauensstellungen gehören grundsätzlich nur solche Gewerkschaftsmitglieder hinein, die über ein ausgeprägtes gewerkschaftliches Pflichtgefühl verfügen und die gewillt sind, die auf dem Verbandstage beschlossenen Gesetze und Richtlinien zu respektieren. Unsere Gewerkschaftskommunisten aber, die täglich würdelos mit zusehen und es dulden, daß ihre eigene Gewerkschaft von unverantwortlichen Parteibanden und bezahlten Zeitungsschreibern als „gelbe“ noch schlimmer als die Drachse usw. darsinnend mit Dred beworfen wird, dürfen sich verdammt schlecht dazu eignen, in einer Vertrauensstellung die Würde und das Ansehen derselben Gewerkschaft zu vertreten.

Man müßte überhaupt bei den Kommunisten soviel Moral, Anstand und Ehrgefühl voraussetzen, daß sie es ablehnen, in den von ihnen so schwerbeschimpften „gelben“ Gewerkschaften bezahlte Posten anzunehmen. Aber weit gefehlt: Non olet! „Geld stinkt nicht“, scheint auch kommunistischer Grundsatze zu sein. Bei den Gewerkschaftskommunisten ist der Drang nach der Futterkrippe enorm ausgeprägt. Tiefen Beweis haben unsere in der Berliner Ortsverwaltung sitzenden Kommunisten erbracht. Als es nämlich immer offenkundiger wurde, daß der alte Ortsvorstand in seiner kommunistischen Mehrheit nicht mehr inslande war, die Geschäfte der größten Zahlstelle unseres Verbandes sachgemäß zu führen, da griffen kurz entschlossen 50 Funktionäre der Zahlstelle ein, um mit dieser von den Vorstandskommunisten rücksichtslos ausgeübten „Diktatur über das Proletariat“ Schluss zu machen. Sie beantragten beim Ortsvorstand scheinungslose Einberufung einer Mitgliedserversammlung mit der Tagesordnung: Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Dieser Antrag wurde von der kommunistischen Vorstandsmehrheit im Vollgefühl nicht ihrer gelassen sondern numerischer Überlegenheit in der provozierendsten Weise unter den Tisch gekehrt. Als diese kommunistischen Stimmelschläger, die dauernd mit ihren rabulativen Phrasen und Deflamationen die Versammlungsluft erschlitterten, als diese sogenannten „Vorkämpfer des revolutionären Fortschritts“ beweisen sollten, daß sie auch selbst soviel persönlichen Mut besitzen, um im Sinne des von ihnen mit soviel Lärm! Tam! Taral! Wum! Wum! propagierten „revolutionären Rätesystems“ handeln zu können, da versagten sie in der jämmerlichsten Art und Weise. Das Futterkripeninteresse ihrer in Amt und Würde in der Verwaltung sitzenden Versinnungsgeoffenen stand ihnen höher als das sogenannte Mitbestimmungsrecht der Massen. Sie hatten total vergessen, daß sie nach dem Rätesystem verpflichtet sind, auf Wunsch der Wähler entweder sofort zurückzutreten oder sich zur Neuwahl zu stellen. In ihrem Flugblatt begründeten sie ihre Duldungsgeier vor der Neuwahl mit der sogenannten Rechtlage. Nach Ansicht dieser kommunistischen „Juristen“ war der Antrag auf Neuwahl der Ortsverwaltung „nicht diskutierbar“, da die Neuwahl der Angelegten den Verbandsstatuten widerspricht. Es sei hiermit festgestellt, daß sämtliche im Ortsvorstand und Verwaltung sitzenden kommunistischen „Revolutionäre“ feinergeigt nur, weil sie Anhänger des revolutionären Rätesystems waren, in ihre Posten und Ämter hineingewählt wurden. Wenn nun die Krummrei, Bolter und Genossen in ihrer Angst, da es ihnen an den Krügen gehen sollte, plötzlich erbeben haben, daß das „reine unverfälschte Rätesystem“ den Verbandsstatuten widerspricht, ja dann hätten sich diese fommischen Krüge doch überhaupt weigern sollen, sich auf Grund dieses, „den Verbandsstatuten widersprechenden revolutionären Rätesystems“, in ihre jetzigen Posten hineinzuwählen zu lassen.

Man muß hier den Krummrei, Bolter und Genossen den Vorwurf machen, daß sie nicht schon früher die Kollegenchaft über den statutenwidrigen Charakter des Rätesystems aufgeklärt haben. Um aber ihre ganze Heuchelei und Hochschulerpolitik gebührend zu brandmarken, sei daran erinnert, daß sie es gerade waren, die sich heute als Beschützer der Verbandsstatuten aufwerfen, die den statutenwidrigen und gegen die Organisations gerichteten Antrag der Reichsdruckerei betreffs Beitragsperre gestellt hatten. Sie werden damals vor Fällungen nicht zurück und mit-

brauchten zu diesem Antrag den Namen von Kollegen, die mit ihm absolut nicht gemein hatten.

Beil die kommunistischen „Gewerkschaftsrevolutionäre“ an ihrer ersten Blamage noch nicht genug hatten, so bewilligten sie sich schnell eine zweite noch viel größere. Als die Berliner Kollegenchaft am 6. März in einer Massenversammlung mit überwältigender Mehrheit Urwahl für den gesamten Ortsvorstand und Verwaltung beschloß, da wußten sich die verzweifelt all ihre Posten und Ämter lebenden kommunistischen „Revolutionäre“ weiter keinen Rat, als daß sie einen scheinlich geschriebenen Hilferuf an Verbandsvorstand und Beitragsämter sandten, damit diese beiden Instanzen den nach ihrer Ansicht gegen die Verbandsstatuten verbotenen Versammlungsbefehl der Berliner Kollegenchaft unwirksam machen sollten. Anstatt sich dem Versammlungsbefehl zu fügen, da versuchten diese ultrarabulativen Revolutionäre diese „Lobfeinde der Gewerkschaftsstatutviolation“ den von ihnen so gehassten Verbandsvorstand (in der Not frißt der Teufel Fülgen), gegen die Berliner Kollegenchaft scharf zu machen. Allerdings mit negativem Erfolg!

Durch diesen Geniestreich haben die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen endgültig bei der Kollegenchaft abgewirkt. Diese kommunistischen Phrasen, welche sich in ihrer inhaltlichen Abstrichtheit, die Berliner Kollegenchaft einzuwickeln zu können, kann niemand mehr ernst nehmen. Und wenn die Fraktion der R.A.P.D. in einem solchen Augenblick der Selbstkenntnis in ihrem Flugblatt die Kollegenchaft auffordert, „diesem Demagogogen, die die Kollegenchaft mit dem revolutionären Rätesystem narren (wie z. B. die Krummrei, Bolter und Genossen), die Maske vom Gesicht zu reißen und ihre Politik entschieden abzulehnen“, so können wir mit Genugtuung konstatieren, daß die Berliner Kollegenchaft dieser zum ersten Mal vernünftigen Aufforderung der Fraktion der R.A.P.D. im vollsten Maße nachgekommen ist. Denn auch in der zweiten Versammlung am 25. März lehnte die Berliner Kollegenchaft die kommunistische Auenamtenspolitik entschieden ab. Bei den Neuwahlen zur Berliner Ortsverwaltung wird aber endgültig die gründliche Abrechnung mit den kommunistischen Gewerkschaftszerstörern erfolgen.

Nicht deshalb bekämpfen wir die Kommunisten, weil sie Kommunisten sind, wie sie unstüniger Weise immer wieder behaupten, sondern weil sie sich von ihren außerhalb unserer Organisation stehenden verantwortungslosen Parteistützungen und Bonzen als willfährige Werkzeuge gebrauchen lassen, um durch planmäßiges Untergraben der gewerkschaftlichen Disziplin und Einigkeit das bis jetzt noch feste innere Gehege der Gewerkschaften zu sprengen. Weil sie dauernd künstlich Konflikte erzeugen, Zwietsch und Mißtrauen unter die Kollegenchaft verbreiten, weil sie nicht mit ehrlichen einwandfreien Mitteln arbeiten, wie es unter Kollegen und Klassenangehörigen üblich ist, sondern weil sie vorwärtsmäßig mit Lug und Trug, mit List und Schlauelei, Verschweigen der Wahrheit usw. arbeiten müssen, um die Gewerkschaften für die kommunistische Partei zu erobern. Ihr Treiben muß seitens der nichtkommunistischen Arbeiter eine energische Gegenwehr auslösen, deren Ende wird parteipolitische Zerklüftung, Zersplitterung und vollständige Zerschlagung der Gewerkschaft die Folge der kommunistischen Revolutionierung sein. Das wollen wir aber, solange wir noch die Kraft und Macht dazu besitzen, vermeiden.

Bei den jetzt stattfindenden Wahlen zur Berliner Ortsverwaltung bietet sich dazu die beste Gelegenheit, ihnen das Handwerk zu legen, indem die Berliner Kollegenchaft geschlossen für die Liste Grotz-Großmann-Wergemann stimmt. Die größte Zahlstelle unseres Verbandes muß endlich wieder eine aktions- und arbeitsfähige Zahlstellenleitung bekommen. Diese Wahl muß für die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer eine katastrophale Niederlage werden.

Daß die Kommunisten tatsächlich Gewerkschaftszerstörer sind, was sie bekannlich verzweifelt abstreiten, dafür kann als Beweis ihr eigener Parteigenosse, der jetzige Kommunistenführer und Mitarbeiter in der Reichsgewerkschaftszentrale der R.A.P.D., der allen Berliner Arbeitern wohlbekannte ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Oskar Ruch, angeführt werden. In einer Reichsversammlung der R.G. am 13. April 1920 trat Oskar Ruch auf schärfste gegen die Kommunisten auf. Folgende Worte rief er den Arbeitern zu: „Wenn ihr wollt, daß die Arbeiterschaft zerklüftet und zertrümmert wird, wenn ihr wollt, daß die jahrzehntelange Arbeit für den

Sozialismus vernichtet wird, so folgt den Kommunisten. Wer es nicht will, der helfe mit aufbauen, der helfe die freien Gewerkschaften. Im übrigen haltet zusammen, seid einig, einig und tretet geschlossen den Kommunisten gegenüber, die es wagen wollen, eure Organisationen zu zerstückeln. Wenn ihr wollt, daß alles zertrümmert wird, dann folgt den Kommunisten, die da glauben, es muß alles vernichtet werden. — Wenn auch dieser Negativ ein halbes Jahr später selbst zu den Gewerkschaftsjertrümmern gehört, so treffen seine damaligen Worte auch heute noch ins Schwarze.

Kolleginnen und Kollegen, ihr habt bald Gelegenheit, mit den kommunistischen Gewerkschaftsjertrümmern abzuschneiden. Euer Stimmzettel entscheidet über das Schicksal unserer Zahlstelle. Eine schwere Verantwortung ruht auf euch! Die durch Schuld der Kommunisten heraufbeschworenen unheilbaren Zustände in unserer Zahlstelle verlangen eine klare Entscheidung. Ihr habt zu wählen zwischen Amsterdam oder Moskau. Amsterdam bedeutet Sammlung aller Kräfte gegen den Kapitalismus. Schuld und Förderung eurer wirtschaftlichen Interessen. Moskau bedeutet Zersplitterung aller Kräfte — Stärkung des Kapitalismus — Verschlechterung eurer wirtschaftlichen und sozialen Lebenslage. Wer kommunistisch wählt, der macht aus unserer Zahlstelle eine kommunistische Parteizentrale, der wählt wohl kommunistische Parteiführer aber keine gewerkschaftlich erprobten tüchtigen Kräfte in den Ortsvorstand und Verwaltung. Wenn aber seine Zahlstelle zu schade ist, um sie den kommunistischen Katastrophopolitikern auszuliefern und wer die kommunistischen Wühler, Stänkerer und Quertreiber als ein Verbrechen an den Gesamtinteressen der Berliner Kollegenchaft betrachtet und wer unsere Zahlstelle vor einer Spaltung schützen will, der kann und darf nur die Liste **Gloß—Groschmann—Bergemann wählen!**  
Paul Vanselow, Berlin-Neudöhr.

### Sitzung des Vorstandes

vom 25. und 26. März, 1921.

Durch Krankheit entschuldigt fehlt Kollege Köpfer. Der Vorstandsvorsitzende gibt zuerst den Situationsbericht. Die Arbeitsverhältnisse der leitenden Personen des Verbandes, die seit der letzten Vorstandssitzung an jedem Sonntag an wichtigen Verhandlungen und Tagungen teilnehmen mußten, machte eine frühere Einberufung der Sitzung unmöglich. Das angefallene Material wird sich daher an einem Tage nicht bewältigen lassen.

Kollege Bucher schildert dann eingehend den Gang der Februarverhandlungen im Tarifauschuß, die zu dem bekannten Ergebnis, der Festlegung der Wirtschaftsbefehle, geführt haben. Die Gefahren, die in diesem Abschluß liegen und die darin bestehen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen unter 21 Jahren von der Bewilligung ausgeschlossen, waren leider nicht abzuwenden. Weitgehend wurden von diesem Abschluß die Gehilfen ebenfalls wie die Hilfsarbeiter. Besonders groß war der Unmut der jugendlichen Kollegen und Kolleginnen, die in ihren Protesten sich meist an die falsche Adresse wendeten und den Verbändlern und der Verbandseitung die Schuld an dem mangelhaften Abkommen beimäßen, dabei aber ganz vergaßen, daß der Widerstand der Unternehmer und ihr ungenügendes soziales Verständnis die jüngeren Mitglieder von dem Erhalt der Wirtschaftsbefehle ausschloß. Mit dem Ablauf des Abkommens am 30. April wird über neu zu ergreifende Maßnahmen zu erwägen sein. Bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter des graphischen Gewerbes werden auch den Unternehmern neue Forderungen nicht unerwartet kommen. Kollege Hornte ergänzte die Mitteilungen noch durch seine Erfahrungen über die Wirkung der Weisungen an verschiedenen Orten des Reiches.

An diese Berichte schließt sich eine sehr rege Aussprache. Ueber die Art der Verhandlungen, Höhe der Forderungen, Wirtschaftskrise und Feuerungsverhältnisse kommt es zu lebhaftem Meinungsaustrausch. Anerkannt wird, daß die Opposition gegen das Abkommen wohl berechtigt ist, dabei jedoch nicht übersehen werden kann, was bei den jetzt bestehenden Verhältnissen zu erreichen möglich ist. Die Haltung und Arbeit der Verhandlungs- und Organisationsleiter wird gelobt.

Ueber den Begriff „Hilfsarbeiter“ ist es bei der Tarif Einführung zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen. Es gibt Unternehmer, die nur die an der Maschine Beschäftigten oder ausschließlich im Maschinenfabrik arbeitenden Kollegen und Kolleginnen als Hilfsarbeiter im Sinne des Tarifes ansprechen wollen. Es liegen sogar Entschlüsse von Tarifinstanzen vor, die eine völlig vertehrte Auffassung zum Ausdruck darüber bringen, wer als Hilfsarbeiter zu gelten hat. Der Vorstand stellt fest, daß die Begriffsbestimmung „Hilfsarbeiter“ nicht von einem Forum entschieden werden kann, das nicht aus unseren Kreisen zusammengesetzt ist. Die Bestimmung wird allgemein kaum erfolgen können und nur von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Bei den Verhandlungen im Jahre 1919 kam zum Ausdruck und wurde von Unternehmenseite anerkannt, daß bei teilweise, ja nur halbseitiger Beschäftigung an Lage im technischen Betriebe die Betroffenen als Hilfsarbeiter anzusprechen sind. Die Beschlüsse des Tarifkomitees entsprechen nicht diesem mit den Prinzipien demot. erzielten Übereinkommen. Eine entsprechende Bestätigung mit dem Tarifamt ist angebahnt.

In den Kreisen VII und XI sind mit Unterstützung der Verbandseitung Ratzen zur Erreichung des Tarifminimums festgelegt worden. In Sachsen, Schlesien, Bayern und dem Oberrhein festten sich einige Prinzipale auf den Standpunkt, daß als Abschläge, die in den

Orten bis zu 15 Prozent vereinbart werden können, Abzüge vom Tarifminimum für den betreffenden Ort während der ganzen Tarifdauer festgelegt werden kann. Eine endgültige Regelung über festzulegende Abschläge steht noch im Kreis VI aus. Das Tarifamt konnte bisher nicht zu einer ordentlichen Entscheidung kommen.

Kollege Hornte berichtete über die Verhandlungen, die sich aus dem Abkommen mit den Stereotypisten und Maschinenmeistern ergeben haben. Nach den tariflichen Bestimmungen sollten bestimmte Plätze an den Rotationsmaschinen und in der Stereotypie nur dann mit Gehilfen besetzt werden, wenn bodenständiges Hilfspersonal nicht vorhanden ist. Das Bestreben der Gehilfen, an den Maschinen möglichst viel gelerntes Personal unterzubringen, hatte den Erfolg, daß tariflich bestimmt wurde, die genannten Arbeiter können von Gehilfen mit Unterstützung des Hilfspersonals ausgeführt werden. In einer Besprechung unserer Vertreter mit Vertretern des Buchdruckerverbandes und der Zentralkommission der Maschinenmeister wurde eine Ergänzung zu dem früheren Abkommen vorgeschlagen, nach dem nur solche Rotationsarbeiter vermittelt werden sollen, die bereits vor dem 16. Oktober 1920 an Rotationsmaschinen gearbeitet haben. Außerdem wird eine Festlegung auf § 73 verlangt, dem wir aber nur zustimmen können, wenn überhaupt auf die tariflichen Bestimmungen verwiesen wird, wozu auch § 74 gehört. Ein Streitfall in Braunschweig über die einem Hilfsarbeiter zuzurechnenden Arbeiten in der Stereotypie, ein anderer in Berlin bei der Besetzung an den Gießmaschinen hatten noch der endgültigen Entscheidung durch das Tarifamt. Eine Forderung der Gehilfen in einem Berliner Betrieb über Besetzung an 96seitigen Rotationsmaschinen wird von dem Hilfspersonal unterstützt.

Der Vorstand gibt seine Zustimmung zu einem Abkommen mit den Gehilfen, wenn die von den Hilfsarbeitervertretern verlangten Zugabe eingefügt werden. Im anderen Falle wird auf ein Abkommen mit den Gehilfen kein Wert gelegt.

Die Teilnahme unseres Kreisvertreter in Hannover an einer dortigen Kreisversammlung ist bekräftigt worden. Der Vorstand ist der Auffassung, daß bei solchen Sitzungen auch dem Hilfsarbeitervertreter ein Recht zur Anwesenheit eingeräumt werden muß. Ein entsprechender Antrag soll beim Tarifamt eingebracht werden.

Die Bewegung im Steinrudgewerbe macht günstige Fortschritte. Ueber die Art unseres Vorgehens, die erzielten Abschläge, das Verhältnis zu den Gehilfen und unsere Stellungnahme bei den kommenden Tarifverhandlungen der gelernten Arbeiter in Steinrud wird eingehend gesprochen und die für die nächste Zeit zu befolgende Taktik festgelegt.

Verhandlungen mit den Reichsbehörden und Vertretern der vier graphischen Verbände haben zur Anerkennung des Staatsarbeitertarifs für graphische Arbeiter in den Reichsbetrieben geführt. Sofern die jetzigen Bezüge höher waren als die durch den Staatsarbeitertarif festgelegten bleibt die Differenz als persönliche Zulage bestehen. Die für die Staatsarbeiter bestehenden tariflichen Bestimmungen treten für die graphischen Arbeiter am 1. März in Kraft.

Weitere Situationsberichte über Lohnbewegungen, die durch Eingreifen der Verbandseitung mit gutem Erfolg beigelegt wurden, nimmt der Vorstand zur Kenntnis. Ihnen folgt Bericht und Aussprache über die Konferenz der Schriftgießerei- und -arbeiterinnen und die zur Tarifrevision getroffenen Vorbereitungen, die die Billigung des Vorstandes finden.

Damit ist nach achtstündiger Sitzung ein Teil des vorliegenden Materials erledigt.

Am 26. März

nimmt der Vorstand zuerst Stellung zu den Beschlüssen des Graphischen Bundes. Die erfolgte Ausschreibung der Stellung eines Sekretärs, der zugleich die Redaktion einer graphischen Betriebszeitschrift übernehmen soll, hat die Anstellung des Kollegen Prischow (Lithograph) ergeben. Die Kosten für das Sekretariat werden von den beteiligten Organisationen zu gleichen Teilen getragen werden, die für die Betriebszeitschrift dagegen anteilig berechnung. Sehr bebauert wurde vom Vorstand, daß der beabsichtigte Kauf eines gemeinsamen Bürohauses für die vier graphischen Verbände nicht zustande gekommen ist. Der Vorstand beschließt, die graphische Betriebszeitschrift unseren Betriebsratsmitgliedern kostenlos zu liefern.

Eine Aussprache über die Vorgänge in der Berliner Mitgliedschaft, zu der ein Bericht des Kollegen Gloß anregt, gibt Gelegenheit, zu der bevorstehenden Wahl der Berliner Ortsverwaltung Stellung zu nehmen. Festgestellt wird dabei, daß nach der Wahl der jetzt in Berlin amtierenden Angestellten dem Vorstand eine offizielle Mitteilung nicht zugegangen ist, eine Vertagung daher nicht erfolgen konnte. Die Handlungsweise des Kollegen Gloß wird als korrekt anerkannt. Die Einmündigung des Bezirksvorstehenden in die Berliner Angelegenheiten, seine Anwesenheit in Berlin, die Haltung der Kommunisten zu den bevorstehenden Wahlen und die Beschlüsse der letzten Berliner Mitgliederversammlung veranlassen den Vorstand, von einem Beschluß noch abzusehen und erst das Wahlergebnis abzuwarten. Die bereits erteilte Antwort des Bezirksvorstehenden auf die Anfrage der Berliner Ortsverwaltung, deckt sich mit der Ansicht des Verbandsvorstandes.

Die von Berlin beantragte Unterstützung bereits ausgehender arbeitsloser Mitglieder findet eine auch von dem Berliner Gauleiter gestützte Regelung.

Eine ganze Reihe von Verwaltungsangelegenheiten, Anträge auf Extravergütungen, auf Bewilligung von Baromaterial werden dann erledigt.

Bei den Klassenangelegenheiten, die der Bezirkskassierer dem Vorstand zur Beschlussfassung unterbreitet,

wird über die Anlage von freiliegenden Verbandsgebäuden ein Beschluß noch ausgelegt.

In Verfolg des durch den Verbandsbeschlusses neu aufgestellten Falles Wehrbart hat eine Zahlstellenkommission in Weimar stattgefunden, die dem Gauleiter gegen zwei Stimmen ein Vertrauensvotum ausgestellt hat. Der Verbandsvorstand ist daher und nach eingehender Untersuchung der Angelegenheit nicht in der Lage, dem Beschluß des Verbandes beizutreten.

Kollege Vorloppe-Leipzig, der durch Verbandsbeschlusses zur Zahlung von zu Unrecht bezogenen Geldern verpflichtet wurde, wendet sich, das Geld zurückzugeben. Eine entsprechende Mitteilung wird dem Verband gemacht.

Die im Bezirk Magdeburg eingerichtete Sterbefälle wird genehmigt, nicht dagegen die von der Zahlstelle Chemnitz beantragte Krankenzuschüsse.

Nach sechshündiger Dauer wird die Sitzung geschlossen.

### Zwölfte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die am 22. und 23. März abgehaltene 12. Sitzung wurde vom neuen Bundesvorsitzenden Genossen Zellpart mit einem warmen Nachruf an den früheren Vorsitzenden Genossen Kränitz. Ferner dankte Genosse Zellpart für das durch die Wahl ihm bewiesene Vertrauen, gab seinen guten Willen kund, dieses zu rechtfertigen und bat um die Unterstützung des Ausschusses. Die Verantwortung, die der Vorstand und Ausschuss gemeinsam zu tragen haben, sei eine große, da unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die Arbeiterchaft am schwersten leidet. Die größte Sorge, die uns am Herzen liegt, sei die der Arbeitslosen. Nebner würde seine Pflicht veräumen, wenn er nicht in erster Linie gedächte. Es genüge jedoch nicht das warme Mitgefühl, sondern es sei der geschlossene Wille erforderlich, die besten Kräfte daranzusetzen, den Arbeitslosen zu helfen. Wie so vieles andere, würden die Maßnahmen des Bundes durch das Vorgehen der feindsüchtigen Länder zum größten Teile durchkreuzt. In einer der Londoner Konferenz unterbreiteten Denkschrift habe der Bundesvorstand die Lage der deutschen Arbeiter geschildert; den guten Willen zum Wiederaufbau des zerstörten Gebietes betont und auf die Gefahren des Vorgehens der Entente auch für die Arbeiter aller übrigen Länder hingewiesen. Nichtsdestoweniger hätten die feindsüchtigen Regierungen ihre Absichten durchgeführt und weiteres Gebiet im Westen besetzt. Wiederholt seien Anfragen aus dem besetzten Gebiet an den Vorstand gekommen, was zu tun sei. Der Vorstand habe vor nichts. Demonstrationen verwarnt und empfohlen, sich vor nationalstiftlichen Bestrebungen fernzuhalten. Ferner habe der Vorstand sich stets mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung gehalten und von ihm eine Einflussnahme verlangt. Auch dieser werde seine Bemühungen fortsetzen. Einflüssen mühten wir jedoch die Folgen der „Sanktionen“ tragen, die sich für die Arbeiterchaft in Verarmung der Arbeitslosigkeit zeigen würden. Anerkennende Worte widmete Genosse Zellpart den Gewerkschaftsgenossen in Oberösterreich, denen auch der Bund seine Freude und seinen Dank aussprechen müsse. Bei der Schwierigkeiten der Aufgaben in der Zukunft dürften wir nicht zurücktreten. Diese seien nicht mit Pessimismus, sondern nur mit Optimismus zu lösen.

Der Geschäfts- und Passenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1920 lag gedruckt vor und wurde durch einige Bemerkungen des Genossen Groschmann. ergänzt. Der Kassierer Genosse Krübe berichtete über die im Auftrag einer früheren Ausschussung unternommenen Bemühungen, dem Bundesvorstand eine bessere Wohnung zu verschaffen. Da diese für den Berliner Gewerkschaftsbund nicht möglich ist, bleibe nur die Erwerbung eines eigenen Hauses übrig. Dazu seien aber größere Geldmittel erforderlich, zu deren Aufbringung sich die Gewerkschaften ja auch schon früher bereitwillig hätten. Der Bundesvorstand schloß vor, daß sämtliche Gewerkschaften zu diesem Zwecke für jedes ihrer Mitglieder 50 Pf. an die Bundeskasse abführen. Es folgte eine längere Aussprache, in der das für und Wider ausgiebig erörtert wurde. Schließlich wurde der Antrag des Bundesvorstandes gegen drei Stimmen angenommen.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung betraf das demnächst zu erwartende Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit. Dazu berichtete Genosse Luff kurz über eine im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Sitzung, wo der Reichsarbeitsminister Brauns seine Ansichten darüber entwickelt hat, wie die Produktivität der Arbeit gehoben werden könnte. Dabei sei ebenfalls darauf die Rede gewesen, ob auch die Zeit der Arbeitsbereitschaft in verschiedenen Berufen jetzt als Arbeitszeit mitzurechnen sei. Da ferner in nächster Zeit die Vorlage eines Gesetzeswurfs über die Regelung der Arbeitszeit zu erwarten sei, hätten die Gewerkschaften Ursache, dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Auch hierauf folgte eine sehr lange Aussprache, an der sich hauptsächlich die Vertreter solcher Gewerkschaften beteiligten, für deren Mitglieder die Frage der Arbeitsbereitschaft besonders wichtig ist. Allgemein wurde das Festhalten am Achtstundentag gefordert und ferner der Bundesvorstand ersucht, dafür zu sorgen, daß zu den Beratungen über den Gesetzesentwurf stets die Vertreter der in Frage kommenden Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Die kommunistische Streikbewegung in Mittel- und Ostland veranlaßte den Bundesvorstand zu folgender Entscheidung:

Die Streikbewegung im mitteldeutschen, insbesondere im sächsischen, und im ostpreussischen Gebiet zu unterstützen, ist und bleibt ein Verbrechen. Zweck vom Jahre gebrochen ist; und die man jetzt zu einem Generalkrieg der Gesamtarbeiterchaft auszubekommen bemüht ist, bedeutet eine

schwere Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, unter der die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden muß.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nicht zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen, sondern einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen und sie können angesichts der gegenwärtigen Generalstreikbewegung diese Mahnung nur auf das Dringlichste erneuern. In den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikhege keinerlei Rücksicht finden.

In betreff der organisatorischen Beziehungen zum Afa-Bund und zum deutschen Beamtenbund wurde nach längerer Aussprache folgende Entschliebung angenommen:

### I.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt die Verhandlungen des Bundesvorstandes mit dem Vorstand des Afa-Bundes Kenntnis und gibt dem Ergebnis dieser Verhandlungen seine Zustimmung.

Der A.D.G.B. und der Afa-Bund behalten hier nach beide ihre Selbständigkeit, verpflichten sich aber zu einem jahresgemäßen Zusammenwirken in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren. In Fragen, die nur die Interessen der einen Gruppe berühren, aber auch diejenigen der anderen beeinflussen könnten, soll zunächst jede Gruppe auf die andere Rücksicht nehmen.

Grundsätzlich wird anerkannt, daß der A.D.G.B. die Arbeiter und der Afa-Bund die Angestellten gewerkschaftlich organisieren soll. Ueber notwendige Abwechslungen von diesem Grundsatz werden die beiderseitigen Vorstände sich untereinander und mit den beteiligten Verbänden verständigen, wobei geschäftlich und organisatorisch begründete Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden sollen. Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch gemeinsame Schlichtungsgerichte zu entscheiden.

Das Zusammenwirken des A.D.G.B. und des Afa-Bundes erfolgt jeweils durch gemeinsame Delegationen von Delegierten der beiderseitigen Bundesvorstände. Zur Erleichterung des Zusammenwirkens beschiden A.D.G.B. und Afa-Bund außerdem je eine Sitzung ihrer Bundesvorstände und Bundesausschüsse gegenseitig durch einen oder mehrere Vertreter mit beratender Stimme. Bei wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse können auch die beiderseitigen Bundesausschüsse zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Für das Stimmrecht bei Beschlüssen in den gemeinsamen Lagungen sind entsprechende Regeln aufzustellen.

In gleicher Weise haben die Ortsausschüsse des A.D.G.B. mit den Ortsstellen des Afa-Bundes, die beiderseitigen Bezirks- oder Landesorganisationen sowie insbesondere auch die gleichartigen Fach- und Berufsgremien ständig zusammenzuwirken.

Der Ausschuß des A.D.G.B. stimmt der Aufnahme des Afa-Bundes in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) zu unter der Voraussetzung, daß der seitler geltende Grundsatz, wonach in jedem Lande nur eine Landeszentrale des I.G.B. bestehen darf, aufrechterhalten bleibt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, über die Form des Anschlusses des Afa-Bundes an den I.G.B. die nötige Verständigung herbeizuführen.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, auf vorstehender Grundlage eine bindende Abmachung mit dem Afa-Bund schon jetzt zu treffen und gleichzeitig beauftragt, eine diesen Beschlüssen entsprechende Ergänzung der Bundesstatuten zu rechtzeitig vorzubereiten, daß die diesbezüglichen Anträge dem nächsten Kongress zur Sanction unterbreitet werden können. Stetig wird vorausgesetzt, daß der Afa-Bund auch seine Satzungen hiermit in Übereinstimmung bringt.

### II.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund über eine Klarstellung seines Standpunktes gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten fortzusetzen und mit tüchtigster Beschleunigung zum Abschluß zu bringen.

Auf ein schriftliches Abkommen, das die Gewerkschaften und die fortschrittlich gerichteten Beamtenvereine und Beamtenorganisationen betreffen kann, ist ebenfalls zu bestehen. Sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen, so behält der Bundesausschuß sich die weitere Beschlußfassung für seine nächste Sitzung vor.

(Schluß folgt.)

Strafen dafür einsehen, daß der Vorstand eine Zusammenkunft erfährt, die für eine nach den Grundsätzen von Amsterdamer sich richtende gewerkschaftliche Leitung der größten Zahlteile des Verbandes bürgt. Die Politik von Moskau's Nachbarn zielt bewußt und unbedeutend auf die Zerstörung der Zahlteile hin und bedeutet die größte Gefahr für die Geschlossenheit der Hilfsarbeiterschaft. Nach den Ausführungen des 1. Bevollmächtigten sprach Kraas in 2 1/2 stündiger Rede als Anhänger Moskau's. Er erhob schwere Vorwürfe gegen die Verbandspolitik und die Redaktion der „Solidarität“, die es seinen Freunden unmöglich mache, ihren Standpunkt in der Deffektivität zu vertreten. Die Kollegen Gustav Großmann und Ranslow bekamen ebenfalls ihren Teil, da sie den Verbandskommunisten das Leben sauer machen. Als der Redner seine langatmigen Ausführungen schloß, hatte er seine Absicht auch wirklich erreicht und den Saal fast leer gelassen. Die Vertagung der Versammlung wurde beschloffen.

Am 25. März (Karifreitag) fand die Fortsetzung statt. Die Tagesordnung sah außer der Weiterführung der Diskussion die Aufstellung der Handbaten zur Ortsverwaltung und zu den Kommissionen vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Krummrei, als ersten Punkt der Tagesordnung die Rindigung der fünf Angelegten zu behandeln. Kollege Gloth wies darauf hin, daß in der letzten Versammlung ein Antrag Moritz angenommen worden sei, nach dem sich sämtliche Angestellten und Ortsvorstandsmitglieder zur Urwahl zu stellen haben. Demzufolge hat er, um die Organisation vor materiellem Schaden zu bewahren, die Rindigungen vornehmen müssen. Die Sache könne in der Diskussion mitbehandelt werden. Kollege Willi Großmann legte dar, aus welchen Ursachen er sein Mandat im Ortsvorstand seinerzeit niedergelegt hatte und ging dann auf die Angriffe der Kommunisten ein, welche behaupteten, daß die Mittel zur Herstellung der Flugblätter und sonstigen Schriften der Amsterdamer Richtung vom Hauptvorstand herrühren. Er wies den Kommunisten nach, daß dies wieder eine ihrer altbekannten Verleumdungen ist. Ein beachtendes Licht auf die praktische Arbeit der Tarifgegner und kommunistischen Vorhelfen warf die von Willi Großmann mitgeteilte Tatsache, daß der „große Revolutionär“ Kraas in der Branche, welche er bearbeitet, allerdings keinen Tarif abgeschlossen hat, dafür aber auch im Gegensatz zu den anderen Berufsgruppen in der Lohnhöhe ganz gehörig zurückgeblieben ist, ein Beweis, daß die Verhältnisse härter sind als Kollege Kraas. Die gegen den stolzen Ranslow gerichteten Vorwürfe als verumlichter Verfasser der Flugblätter, die die Amsterdamer Richtung herausgegeben hatte, wurden von diesem mit dem Hinweis pariert, daß die Kommunisten seinerzeit ihn für ihre Zwecke anstellen wollten, da sie in ihm einen Anhänger Moskau's vermuteten. Kollege Gustav Großmann, durch die Beschränkung der Redezeit an eingehenden Darlegungen verhindert, führte aus, daß gegen seine Person schon seit über einem Jahre in der hinterhältigen Weise gewußt wird. Schon am 14. März vorigen Jahres (Kapp-Revolution) hatte eine kleine Kamarka sich darüber unterhalten, wie man ihn beseitigen kann, aber man hatte nicht den Mut dazu, weil man befürchtete, daß er der Plan durchzuführen würde. Auf die persönlichen Berührungspunkte von Kraas ging er nicht ein, sondern fertigte ihr mit einem Zitat ab, welches großen Beifall bei der Versammlung auslöste. Er legte noch einmal seine Stellungnahme auf dem Verbandstage bei der Abstimmung über die Tarifverträge klar, die man ihm jetzt zum Vorwurf mache. In Frankfurt aber hatte trotzdem die Dpposition, besonders die Berliner Delegierten, ihn zum 2. Verbandsvorsitzenden vorgeschlagen. Die darauf folgenden sehr persönlichen Ausführungen von Krummrei sind nicht erwähnenswert. Er legte eine Resolution vor, wonach die Rindigungen der Angestellten zurückgenommen werden sollen, bis dahin will sich die kommunistische Fraktion aller Agitation usw. enthalten. (1) Moritz, der dann von sich behauptete, daß er als Kollege auf neutralen Boden stehe und keiner Partei angehöre, glaubte Richtlinien in Form einer Resolution vorlegen zu müssen, wonach alle drei Parteien zu gemeinsamer Arbeit im Ortsverband verpflichtet werden sollen. (Zwischenruf: Du hältst wohl Deine Handbatenrede!) Er wollte keine Afsenwahl, sondern Vorschläge aus der Mitte der Versammlung. Nach den Schlußreden von Kraas und Gloth kam die Resolution Krummrei zur Abstimmung. Sie wurde abgelehnt. Darauf setzte ein wüster Lärm der Kommunisten ein, begleitet von den üblichen Schimpfworten. Eine zweite Abstimmung hatte dasselbe Resultat. Auch die Resolution Moritz wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen war der erste Tagesordnungspunkt erledigt. Da die Kommunisten vergessen hatten, Angestellte auf ihre Liste zu stellen, brachten sie sie jetzt zur Kenntnis. Es sind nunmehr zwei Listen aufgestellt. Die Wahl wird durch Urabstimmung vorgenommen werden. Gleichzeitig wurden von jeder Richtung vier Kollegen als Wahlkommission ernannt.

Mainz. Die Generalversammlung unferer Zahlstelle fand am 17. März im „Goldenen Aflug“ statt. Der Vorsitzende, Kollege Müller, gab einen eingehenden Jahresbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß das Geschäftsjahr 1929 für die Zahlstelle ein sehr bewegtes war und reich an nützlichem Arbeit. Alles in Allem kann gesagt werden; daß sowohl die lokalen Abmachungen wie auch die zentralen von den Prinzipalen bis auf wenige Ausnahmen durchgeführt wurden. Die Gesamtergebnisse im Geschäftsjahre betragen für männliche Hilfsarbeiter 85,50 bis 95,50 M. Für Angelerinnen bis 89,50 M. für Hilfsarbeiterinnen bis 65,— M. pro Woche. Außerdem eine Prot und Kartoffelzulage von 5 und 10 M. wöchentlich. Die Verwaltungsverarbeit besetzt sich in folgendem Maße: Schriftliche Bescheidwerden an verschiedene Druckereien waren in 38 Fällen notwendig. Persönlich vorstellig wurde der Vorsitzende

10mal. Verhandlungen fanden Personal statt. Es fanden statt: eine Generalversammlung, neun Zitzgliederbesprechungen, neun Betriebsbesprechungen, zehn Verhandlungen und sechs Sitzungen der Lohnkommission. Außerdem nahm der Vorsitzende noch an acht Versammlungen unserer Bruderorganisationen teil. In Wingen fanden drei Versammlungen statt wofür die Zahlstelle gestrichelt wurde. Kollege Müller schloß mit dem Appell an die Versammlung: Was der Geringste unter der Kollegenchaft zu vergeben hat das ist: Solidarität, kameradschaftliche Hilfe im Kampfe gegen kapitalistische Ausbeutung. Auf zu neuen Erfolgen, zu neuer Arbeit. Den Jahresbericht gab Kollege Hauber. An Mitglieder waren am 1. Januar vorhanden 62 männliche und 131 weibliche, zusammen 213. Die Gesamteinnahmen betragen 12.294,39 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 4.400,05 M. Die Gesamtausgaben 3157,21 M. Nicht ein Kassenbestand am 1. Januar 1929 von 122,81 M. In der darauffolgenden Kassenabrechnung des Vorstandes wurde zum größten Teil der alte Vorstand wiedergewählt. Neu sind die stollegen Müller und die stollegen Witt und Quering. Eine lebhaft Debatte entstand bei dem Punkte: Lohnbewegung in Steinbrudgewerbe. Die Lohnkommission wurde beauftragt, alle Energie aufzubieten, um endlich die gerechten Forderungen des Steinbrudschifferspersonals zur Durchführung zu bringen. Einige Redner waren der Meinung, daß die traurigen Verhältnisse der Kollegenchaft einen Grad erreicht hätten, der die stollegen zur Verzweiflung treibe. Wenn der Vorsitzende der Steinbrudprinzipale von einem Abbau der Löhne phantasiere, so müsse er durch die Arbeiterschaft eines andern belehrt werden. Kollege Müller gab über diese Angelegenheit noch einige Ausführungen und Verhaltensmaßregeln und schloß dann die Versammlung.

## Handchen

Eine Erhöhung der Kofalzumlage ist durch Vereinbarungen im Tarifstreik II für einige Orte zustande gekommen. Nach einer Bekanntmachung des Tarifstreikamtes kam der durch die Erhöhung sich ergebende Mehrlohn vom 1. Januar ab ratenweise nachgezahlt werden. Den Hilfsarbeitern ist bei aus der Kofalzumlageerhöhung folgende Mehrlohn ebenfalls anteilig zu zahlen. Einen neuen und zwar höheren Kofalzumschlag haben nach den Vereinbarungen folgende Zahlstellen: Krefeld 17%, M.-Glabbach 17%, Rheidt 17%, Rempen 12%, Rheinwied 12%, Gummersbach 10, Münster i. W. 17%, Minden 12% (mit Wirkung vom 1. März) und Herford 15. Für Dören konnte eine Einigung nicht erzielt werden, doch soll von den Prinzipalen, die bereits nach einem Zuschlag von 17% Prozent gezahlt haben, der Mehrbetrag als Wohnzuschlag weiter gewährt werden. Für einige andere Orte sieht ein Verhandlungsergebnis noch aus. Zur Veraiung und Beschlußfassung über eine neue Sonderumlage wurde eine aus je fünf Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, die innerhalb 14 Tagen ihre Arbeiten aufnehmen und erledigen soll.

Dem Reichsstatistik für die Eis- und Karbonnagenindustrie ist auf Antrag des Buchhändlerverbandes das Lohnabkommen vom 18. November v. J. für a l l g e m e i n v e r b i n d l i c h erklärt worden. Ausgenommen ist davon die Kalkschachtelindustrie. Nach dem Entschluß des Reichsarbeitsministeriums müssen die tarifliche Löhne mit Wirkung vom 12. November 1929 überall gezahlt bzw. nachgezahlt werden. Dabel kommt nicht in Betracht, ob der betreffende Unternehmer den vertraglich festgesetzten Arbeitgeberverbänden angehört oder nicht. Die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsrichters vom 27. Januar ist ebenfalls vom Buchhändlerverband beantragt. Die Entscheidung steht jedoch noch aus und wird kaum vor Ende April erfolgen.

Lohnverhandlungen im Formscheregewerbe. Gleich allen anderen vom Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe abgeschlossenen Reichstariife sieht auch der für das Formscheregewerbe abgeschlossene Reichstariif eine verorbliche Regelung der Löhne vor. Das letzte Lohnabkommen regelte die Löhne bis Februar 1929 und enthält die Klausel, nach Ablauf dieser Zeit erneut zum Zwecke der Lohnregulierung zusammentreten. Versuche des Verbandsvorstandes, im Bereich mit der Zentralkommission ohne Formulierung einer bestimmten Forderung im Anfang des Monats März Verhandlungen zustande zu bringen, brachten eine schriftliche Erklärung des Formscherebetriebsbesther Verbandes, daß weitere Lohnfestlegungen nicht mehr stattfinden könnten. Durch erneute Einmiltlungen gelang es schließlich doch, Verhandlungen zustande zu bringen, die am 16. März in Hannover eröffnet wurden.

Auf Beschluß der vorausgehenden Vorbesprechung der Schiffenvertreter wurde zu Beginn der Verhandlung mit ausschließlicher Begründung die Forderung auf weitere Lohnverbesserung vertreten und die Erklärung abgegeben, daß mindestens 650 M. Stundenlohn erreicht werden müsse. Die Unternehmer lehnten diese Forderung unter Bezugnahme auf Mitteilungen von den Fabrikantenverbänden der Papetenindustrie, die jede Heraushebung der Preise für Druckwalzen ablehnten, ebenfalls ab. Da ganz offensichtlich war, daß die Mitteilungen der Papetenindustriellen lediglich eine Vorbereitung ihrer durch die erfolgte Rindigung ihrer Lohnabkommens notwendig werdenben Verhandlungen war, ließen sich die Schiffenvertreter durchaus nicht beirren und vertraten mit allem Nachdruck das Beforderte. Schließlich boten die Formscherebetriebe ultimativ 20 Pf. in der Stunde in allen Lohnstufen als weitere Lohnverbesserung an. Da sich die Schiffenvertreter auch mit diesem Angebot nicht abfinden konnten, wurde die Verhandlung fortgesetzt und nach stundenlangen, hartnäckigen Kämpfen folgende Vereinbarung abgeschlossen:

